

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

064/19

Beschluss	
Nr.	vom
wird von StSt OB-Büro ausgefüllt	

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Abteilung 9.3

Bearbeitet von:
Köllner, Martina
Perlet, Angela

Tel. Nr.:

Datum:
15.04.2019

1. Betreff: Förderung bürgerschaftlich initiiertter Begegnungs- und Versorgungsstätten

2. Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Öffentlichkeitsstatus
1. Haupt- und Bauausschuss	13.05.2019	öffentlich
2. Gemeinderat	03.06.2019	öffentlich

3. Finanzielle Auswirkungen:
(Kurzübersicht)

Nein Ja

4. Mittel stehen im aktuellen DHH bereit:

Nein Ja

in voller Höhe teilweise
(Nennung HH-Stelle mit Betrag und Zeitplan)

_____ €

5. Beschreibung der finanziellen Auswirkungen:

1. Investitionskosten

Gesamtkosten der Maßnahme (brutto) _____ €

Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse usw.) ./.. _____ €

Kosten zu Lasten der Stadt (brutto) _____ €

2. Folgekosten

Personalkosten _____ €

Laufender Betriebs- und Unterhaltungsaufwand
nach Inbetriebnahme der Einrichtung bzw. der
Durchführung der Maßnahme _____ €

Zu erwartende Einnahmen (einschl. Zuschüsse) ./.. _____ €

Jährliche Belastungen _____ €

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

064/19

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Abteilung 9.3

Bearbeitet von:
Köllner, Martina
Perlet, Angela

Tel. Nr.:
**Fehler! Ver-
weisquelle
konnte nicht
gefunden
werden.**

Datum:
15.04.2019

Betreff: Förderung bürgerschaftlich initiiierter Begegnungs- und Versorgungsstätten

Beschlussantrag (Vorschlag der Verwaltung):

Älterwerden in Offenburg Umsetzung der Maßnahme 39 „Bürgerschaftlich initiierte stadt- und ortsteilbezogene Begegnungs- und Versorgungsstätten“ mit Hilfe des Projektes Kommunale Daseinsvorsorge durch Bürgergenossenschaften (KoDa eG)

Der Haupt- und Bauausschuss empfiehlt dem Gemeinderat am 03. Juni 2019 folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Umsetzung der Maßnahme 39 „Bürgerschaftlich initiierte stadt- und ortsteilbezogene Begegnungs- und Versorgungsstätten“ aus dem Prozess „Älterwerden in Offenburg“ soll entsprechend der im Projektantrag formulierten Rahmenbedingungen erfolgen und dann auch durch die Stadt Offenburg finanziell gefördert werden.
2. Da nicht absehbar ist, ob bzw. wie viele Anträge gestellt werden und welche Höhe die Förderung betragen wird, soll ein Basisbetrag von 40 TEUR zum Doppelhaushalt 2020/21 angemeldet werden. Ggf. erforderliche zusätzliche Mittel sind im Einzelfall durch die lt. Hauptsatzung zuständigen Stellen/Gremien zu genehmigen.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

064/19

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Abteilung 9.3

Bearbeitet von:
Köllner, Martina
Perlet, Angela

Tel. Nr.:
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Datum:
15.04.2019

Betreff: Förderung bürgerschaftlich initiierten Begegnungs- und Versorgungsstätten

Sachverhalt/Begründung:

Strategisches Ziel A4

Das Engagement und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger für Offenburg und die Identifikation mit ihrer Stadt werden gestärkt

Umsetzung der Maßnahme 39 „Bürgerschaftlich initiierte stadt- und ortsteilbezogene Begegnungs- und Versorgungsstätten“ aus dem Prozess „Älterwerden in Offenburg“

1. Ausgangslage und Ziel der Vorlage

Im Rahmen des 2016 begonnenen gesamtstädtischen Prozess „Älterwerden in Offenburg“ (Vorlagen 027/16, 146-1/17) wurden Maßnahmen entwickelt, die am 20.11.2017 im Ausschuss für Familie und Jugend (Vorlage 146/17) beraten und am 27.11.2017 im Gemeinderat verabschiedet wurden (Vorlage 146/17). Die 53 Maßnahmen umfassen fünf Handlungsfelder („Mobilität“, „Pflege“, „Soziale und Kulturelle Teilhabe“, „Versorgung“ und „Wohnen“), die Bedarfe der Bürgerschaft darstellen und sukzessive bis 2030 umgesetzt werden.

Für die Maßnahme 39 „Bürgerschaftlich initiierte stadt- und ortsteilbezogene Begegnungs- und Versorgungsstätten“ fand in den zurückliegenden 10 Monaten ein Prozess statt, an dessen Ende den Gemeinderäten nun ein Vorschlag für den Umfang der städtischen Förderung sowie die Kriterien für die Unterstützung durch die Stadt vorgelegt wird.

Die Verwaltung wurde bei der Entwicklung der Rahmenbedingungen von dem „Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung“ (zze) den Beratungsinstituten „SPES e.V.“ sowie „K-Punkt ländliche Entwicklung“ im Rahmen des Forschungsprojektes „Kommunale Daseinsvorsorge durch Bürgergenossenschaften“ (KoDa eG) unterstützt. Das Projekt wird koordiniert vom „Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung“ (zze), im Forschungs- und Innovationsverbund an der Evangelischen Hochschule Freiburg e.V. (siehe hierzu auch Vorlage Nr. 042/19 und Bericht im Ausschuss für Familie und Jugend am 27.3.2019). Das Projekt wurde im Jahr 2014 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ sowie des Rahmenprogramms „Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA 3)“ ausgeschrieben.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

064/19

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Abteilung 9.3

Bearbeitet von:
Köllner, Martina
Perlet, Angela

Tel. Nr.:
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Datum:
15.04.2019

Betreff: Förderung bürgerschaftlich initiierten Begegnungs- und Versorgungsstätten

2. Rahmenbedingungen in Offenburg

Die Stadt Offenburg stellt sich bereits seit Jahren den Heraus- und Anforderungen des demografischen und gesellschaftlichen Wandels, um frühzeitig nachhaltige Lösungswege zu entwickeln. Sie unterstützt unter anderem die Bürgerschaft in ihrer Entwicklung hin zur sorgenden Gemeinschaft. Die Stadt Offenburg knüpft hierbei an das in vielen Bereichen bestehende bürgerschaftliche Engagement an, mit dem Ziel Vorhandenes zu unterstützen und gemeinsam neue Bedarfe zu eruieren, bedingt durch die gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen.

Seit 1993 gibt es das zentrale Angebot des Seniorenbüros und in den letzten Jahren wurden die Angebote im Jugendbüro und Mehrgenerationenhaus ausgebaut. In den Stadtteilen übernehmen die sechs, ab dem 01.09.2019 sieben, Stadtteil- und Familienzentren zudem wichtige Funktionen als dezentrale Ansprechpartner für quartiersbezogene Themen und Anliegen, indem sie Anlauf- und Begegnungsstätten für alle im Quartier lebenden Bürgerinnen und Bürger sind.

„Perspektiven der Ortschaften“ als ortsteilgebundener Prozess, der zunächst im Jahr 2012 als Projekt begonnen und ab dem 1. Juli 2016 als dauerhafter Prozess verstetigt wurde, unterstützt in den elf Ortsteilen politische Gremien sowie Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher in den vielfältigen Themen zum gesellschaftlichen Wandel. Auch werden Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen und Vereine beraten und begleitet. Dies geschieht beispielsweise durch die Vernetzung relevanter Akteure vor Ort, um unter anderem Interaktionsorte zu erhalten sowie Anlaufstellen und Hilfestellungen für alltägliche Belange zu entwickeln. Des Weiteren durch eine Engagementförderung, um die Menschen in den Ortsteilen bei der Entwicklung hin zu einer Gemeinschaft zu unterstützen, die u.a. den möglichst langen Verbleib in gewohnter Umgebung unterstützt. Hier sind exemplarisch die Nachbarschaftshilfen „Hilfe von Haus zu Haus“, die in allen elf Ortsteilen in den vergangenen beiden Jahren gegründet wurden, zu benennen.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

064/19

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Abteilung 9.3

Bearbeitet von:
Köllner, Martina
Perlet, Angela

Tel. Nr.:
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Datum:
15.04.2019

Betreff: Förderung bürgerschaftlich initiiierter Begegnungs- und Versorgungsstätten

In vielen Bereichen der Kommunen, so auch in der Stadtgesellschaft in Offenburg, nehmen bürgerschaftlich und ehrenamtlich organisierte Angebote wichtige Funktionen ein. Entsprechend des „Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014“¹, ist Bürgerschaftliches Engagement insbesondere in Baden-Württemberg sehr ausgeprägt und konstant. Die Engagementquote der freiwillig Engagierten über 14 Jahre liegt bei 48,2%. Zudem sind Personen im Alter zwischen 14 und 29 Jahren in Baden-Württemberg zu ähnlich hohen Anteilen öffentlich gemeinschaftlich aktiv, wie über 65-Jährige. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern ist zu beobachten, dass Baden-Württemberg seit 1999 durchgängig eine der höchsten Engagementquoten der Länder aufweist.

3. Bisherige Projektschritte in Offenburg

Die Maßnahme 39 „Bürgerschaftlich initiierte stadt- und ortsteilbezogene Begegnungs- und Versorgungsstätten“ aus dem Prozess „Älterwerden in Offenburg“ (Anlage A) wurde unter der wissenschaftlichen Begleitung des „Zentrums für Zivilgesellschaftliche Entwicklung“ bearbeitet. Der Prozessablauf war wie folgt festgelegt:

Datum	Inhalt
26. Juni 2018	Vorstellung Prozessablauf, Beratung und Verabschiedung durch die Dezernenten
Juni/Juli 2018	Schriftliche Information über den Umsetzungsprozess der Maßnahme 39 an die betreffenden Mitglieder der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe, an Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher und Vorsitzende der Bürgervereine

¹ Kausmann, C., Simonson, J., Tesch-Römer, C., Vogel & Ziegelmann, P. (2014). Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014. Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA). Berlin.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

064/19

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Abteilung 9.3

Bearbeitet von:
Köllner, Martina
Perlet, Angela

Tel. Nr.:
**Fehler! Ver-
weisquelle
konnte nicht
gefunden
werden.**

Datum:
15.04.2019

Betreff: Förderung bürgerschaftlich initiierten Begegnungs- und Versorgungsstätten

Juli 2018	Information des Ältestenrates
Juli 2018	Erstes Arbeitstreffen der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zur Klärung der Rahmenbedingungen und Kriterienerstellung für „Bürgerschaftlich initiierte stadt- und ortsteilbezogene Begegnungs- und Versorgungsstätten“ ²
September 2018	Erarbeitung der Themenfelder/Bereiche, in denen Kriterien erstellt werden
September 2018	Rückmeldung und Absprache der Arbeitsergebnisse mit den Dezernten
Oktober 2108	Ausarbeitung von überprüfbaren Kriterien durch die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe
Oktober 2018	Rückmeldung und Absprache der Arbeitsergebnisse mit den Dezernten
Oktober/November 2018	Information und Vorstellung der Themenfelder, der erarbeiteten Kriterien sowie dem Vorschlag für die weitere Vorgehensweise in nicht öffentlicher Sitzung im Seniorenbeirat und in gemeinsamer Sitzung mit den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehenden, den Vorsitzenden der Bürgervereine und den Leitungen der Stadtteil- und Familienzentren.
27. März 2019	Information im Ausschuss für Familie und Jugend

Die Themen und Kriterien bzgl. der Förderfähigkeit eines Projektes wurden durch eine verwaltungsinterne, dezernats- und fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe ausgearbeitet.

Die Arbeitsgruppe setzte sich wie folgt zusammen:

- StSt STE
 - FB 3
 - FB 4
- Kirstin Niemann
Leon Feuerlein
Ewald Kunz

² Zusammensetzung der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe untenstehend aufgeführt

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

064/19

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Abteilung 9.3

Bearbeitet von:
Köllner, Martina
Perlet, Angela

Tel. Nr.:
**Fehler! Ver-
weisquelle
konnte nicht
gefunden
werden.**

Datum:
15.04.2019

Betreff: Förderung bürgerschaftlich initiierten Begegnungs- und Versorgungsstätten

- | | |
|----------------------------|-----------------|
| ○ FB 5 | Barbara Weiser |
| ○ FB 9 | Martina Köllner |
| ○ Älterwerden in Offenburg | Angela Perlet |
| ○ PDO | Verena Schickle |
| ○ SFZ | Simone Müller |
| ○ KoDa eG | Anna Laufs |

Die Prozesssteuerung lag bei FB 9, Abteilungsleitung 9.3 Martina Köllner. Die Prozessbegleitung erfolgte durch SPES³, Alexander Hölsch, in enger Abstimmung mit dem „Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung“. Herr Hölsch ist Diplom-Psychologe und im Rahmen von SPES begleitet er Kommunen bei deren Veränderungs- und Entwicklungsprozessen.

Informiert und beraten wurde im Seniorenbeirat, nicht öffentlich, am 17.10.2018 und mit den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher, den Vorsitzenden der Bürgervereine sowie den Leitungen der Stadtteil- und Familienzentren am 23.11.2018.

Am 27.03.2019 wurde Im Ausschuss für Familie und Jugend über den bisherigen Prozessablauf sowie über die Prozessergebnisse informiert.

Die Umsetzung der Maßnahme 39 aus „Älterwerden in Offenburg“ ist eingebettet in das Forschungsprojekt „Kommunale Daseinsvorsorge durch Bürgergenossenschaften“ (KoDa eG) des Ministeriums für Bildung und Forschung.

Die Stadt Offenburg nimmt als eine von vier Pilotkommunen an dem umfangreichen Forschungsprojekt teil. KoDa eG hat zum Ziel, in Kommunen nachhaltige Strategien zur Ortsentwicklung, Infrastruktur sowie für öffentliche Dienstleistungen zu erproben und ggfs. einen genossenschaftlichen Lösungsansatz zur Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge zu finden.

Konkret wird in Offenburg überprüft, ob sich das Modell einer Bürgergenossenschaft für die Umsetzung der Maßnahme 39 aus dem Prozess „Älterwerden in Offenburg“ eignet. Bei Bürgergenossenschaften handelt es sich um ein neues Organisationsmodell, das auf dem demokratischen sowie partizipativen Verständnis der Daseinsvor-

³ Studiengesellschaft für Projekte zur Erneuerung der Strukturen

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

064/19

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Abteilung 9.3

Bearbeitet von:
Köllner, Martina
Perlet, Angela

Tel. Nr.:
**Fehler! Ver-
weisquelle
konnte nicht
gefunden
werden.**

Datum:
15.04.2019

Betreff: Förderung bürgerschaftlich initiierten Begegnungs- und Versorgungsstätten

sorge beruht. Durch ihre gemeinwirtschaftliche Ausrichtung stellen Bürgergenossenschaften eine Form der organisierten bürgerschaftlichen sowie unternehmerischen Selbsthilfe dar, die sich ökonomisch selbst tragen und von der Kommunalverwaltung unterstützt wird.

4. Rahmenbedingungen, Kriterien für bürgerschaftlich initiierte Projekte und Vorschlag für eine kommunalen Förderung

Folgenden Themenfelder werden bei der Initiativgruppe, die eine Förderung für ein Projekt beantragen möchte, angefragt. Die Initiativgruppe wird bei Bedarf bei der Beantwortung der Fragen von der Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement – Frau Perlet - begleitet und unterstützt.

Es werden Fragen gestellt zu:

- Bestands- und Bedarfsanalyse
z.B. : Existieren bereits Angebote mit ähnlichen Themen/Inhalten im Einzugsgebiet? Wie wurde der Bedarf festgestellt?
- Gemeinwohlorientierung
z.B.: Stellen Sie den Nutzen für die Gemeinschaft dar, der durch Ihr Angebot entsteht.
- Zielgruppe
z.B.: Welche Zielgruppen werden durch Ihr Projekt im Einzugsgebiet angesprochen. Bitte hinsichtlich des Nutzens sowie des Anteils in Bezug zu Gesamteinwohnern beschreiben.
- Stadt- und Ortsteilentwicklung
z.B.: Liegt ein Stadt-/Ortsteilkonzept für das Einzugsgebiet vor?
- Wechselwirkungen mit vorhandenen Angeboten im Einzugsgebiet
z.B.: Können Wettbewerbsverzerrung und Verdrängung ausgeschlossen werden?
- Sozialraumverträglichkeit im geplanten Einzugsgebiet

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

064/19

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Abteilung 9.3

Bearbeitet von:
Köllner, Martina
Perlet, Angela

Tel. Nr.:
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Datum:
15.04.2019

Betreff: Förderung bürgerschaftlich initiiierter Begegnungs- und Versorgungsstätten

z.B.: Welche Belastungen für die Nachbarschaft sind zu erwarten?
Bitte kurz mögliche Lösungsansätze darstellen.

- Organisationsstruktur
z.B.: Beschreibung der Zusammensetzung der Projektgruppe, (geplanten) Rechtsform sowie Regelungen/Entscheidungsabläufe
- Gebäude/Räume
z.B.: Sind Gebäude/Raum vorhanden? Beschreibung der geplanten Raumauslastung.
- Darstellung des Finanzplans

Finanzielle Förderung der Stadt:

Die finanzielle Unterstützung der Stadt stellt eine Anschubfinanzierung für maximal drei Jahre dar, jährlich abnehmend. Sie orientiert sich an dem bürgerschaftlichen Einsatz für die konkrete Leistungserbringung, es wird ein kalkulatorischer Wert 25.00€/Std. zu Grunde gelegt. Dieser Betrag wird nicht an die Ehrenamtlichen ausbezahlt sondern kommt dem Projekt zu Gute. Somit werden klare Anreize gesetzt, das Projektvorhaben mit einem möglichst hohen Anteil an Bürgerschaftlichem Engagement durchzuführen. Außerdem soll eine Anschubfinanzierung hinsichtlich der Miete erfolgen sowie einmalige Aufwendungen, die sich an der Eigenfinanzierungskraft der Initiative, z.B. Genossenschaftsanteile orientiert.

Die finanzielle Unterstützung setzt sich folgendermaßen zusammen:

a) Zur Miete (ohne Nebenkosten)

1. Jahr: 67%
2. Jahr: 50%
3. Jahr: 33%

Ein möglicher Überschuss muss als Sicherungskonto zur Zukunftssicherung angespart werden.

b) Zum ehrenamtlichen Personaleinsatz

1. Jahr: 15%
2. Jahr: 10%

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

064/19

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Abteilung 9.3

Bearbeitet von:
Köllner, Martina
Perlet, Angela

Tel. Nr.:
**Fehler! Ver-
weisquelle
konnte nicht
gefunden
werden.**

Datum:
15.04.2019

Betreff: Förderung bürgerschaftlich initiiierter Begegnungs- und Versorgungsstätten

3. Jahr: 5%

c) Zu Investitionen/Einmaligen Aufwendungen

Sofern diese nicht durch Eigenmittel finanziert werden können, ist ein städtischer Zuschuss in Höhe von maximal 20% der Genossenschaftsanteile/Kapitaleinlagen möglich.

Die finanzielle Unterstützung der Stadt Offenburg endet mit Ablauf des dritten Jahres.

Darüber hinaus enthält der Projektantrag sogenannte K.O.-Kriterien. Das bedeutet, Projekte können nur gefördert werden, wenn

- Kein gleiches Projekt im Quartier vorhanden ist.
- Mind. 50% Bürgerschaftliches Engagement in der Projektumsetzung vorhanden ist.
- Die Mitglieder der Projektgruppe aus mindestens drei unterschiedlichen Bereichen kommen (z.B. Verein, Gewerbe, Religionsgemeinschaft).
- Die Raumauslastung mindestens 20 Stunden/Woche beträgt.

5. Wie geht es weiter?

Nach der Beratung und Beschlussfassung im Haupt- und Bauausschuss und im Gemeinderat findet ein Pressegespräch statt.

Außerdem wird über die Möglichkeit der Förderung von „Bürgerschaftlich initiierten stadt- und ortsteilbezogene Begegnungs- und Versorgungsstätten“ wie folgt informiert:

- 26. Juni 2019 Information im Seniorenbeirat
- Juni-Sept. Information und Beratung in Ortschaftsräten, Stadtteilkonferenzen und Bürgergemeinschaften
- ab Oktober/November Öffentlichkeitsarbeit

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

064/19

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Abteilung 9.3

Bearbeitet von:
Köllner, Martina
Perlet, Angela

Tel. Nr.:
**Fehler! Ver-
weisquelle
konnte nicht
gefunden
werden.**

Datum:
15.04.2019

Betreff: Förderung bürgerschaftlich initiiierter Begegnungs- und Versorgungsstätten

Zusätzlich ist im Rahmen von „KoDaeG“ ein Fachforum zum Thema Bürgergenossenschaften geplant.

Nach dem Eingang von Projektideen unterstützt die Stadt Offenburg interessierte Projektgruppen und Initiativen bei der Antragsstellung. Anlaufstelle und Ansprechpartner ist die Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement. Weitere Verwaltungsmitarbeitende, Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher, Bürgervereine sowie die Leitungen der Stadtteil- und Familienzentren werden je nach Sachlage ebenfalls eingebunden.

Eine interdisziplinäre und dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe, in ähnlicher Zusammensetzung wie unter 3. dargestellt, bewertet die Förderfähigkeit der eingehenden Projektanträge, anhand der oben dargestellten Kriterien, mit einem standardisierten Vorgehen. Der Entscheid geht den Projektgruppen/Initiativen schriftlich durch den entsprechenden Dezernenten zu.

Regelmäßige Berichterstattungen über generelle Entwicklungen hinsichtlich der Planung und Umsetzung von „Bürgerschaftlich initiierten stadt- und ortsteilbezogenen Begegnungs- und Versorgungsstätten“ sowie über den Sachstand der einzelnen Projekte, erfolgen im Seniorenbeirat und im Ausschuss für Familie und Jugend.